GENDER OPEN REPOSITORIUM

Das Thema Gender im Rechtspopulismus – empirische Befunde zur Anschlussfähigkeit bei Frauen und Männern

Küpper, Beate

2018

https://doi.org/10.25595/3598

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Küpper, Beate: *Das Thema Gender im Rechtspopulismus – empirische Befunde zur Anschlussfähigkeit bei Frauen und Männern*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 1, 61–75. DOI: https://doi.org/10.25595/3598.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.06

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Sauer, Birgit/**Wöhl**, Stefanie, 2012: Demokratie und Geschlecht. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hg.): Demokratie in Deutschland. Wiesbaden, 341-361.

Scheele, Sebastian, 2016: Von Antifeminismus zu ‚Anti-Genderismus'? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Keynote auf der Tagung „Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus", Gunda-Werner Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 31.5.2016. Internet: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf (20.12.2017).

Schiedel, Heribert, 2007: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien.

Stadler, Ewald, 2014: MEP Ewald Stadler (REKOS) über Gender-Ideologie und den Linksruck der ÖVP. Internet: https://www.youtube.com/watch?v=UQK22VN5-IM (13.10.2015).

Strache, Heinz-Christian, 2015: Thema Kinder und Jugend. Internet: http://www.meinparlament.at/frage/9050/ (2.3.2015).

Unterberger, Andreas, 2015: Die Männer: verunsichert, feige und perspektivenarm. In: Günther, Christian/Reichel, Werner (Hg.): Genderismus(s). Wien, 145-160.

van der Haar, Marleen/**Verloo**, Mieke, 2016: Starting a Conversation About Critical Frame Analysis: Reflections on Dealing with Methodology in Feminist Research. In: Politics & Gender. 12 (3) e9, 1-7. Internet: https://doi.org/10.1017/S1743923X16000386 (9.3.2017).

Voss, Heinz-Jürgen, 2010: Making Sex Revisited. Dekonstruktion des Geschlechts aus biologisch-medizinischer Perspektive. Bielefeld.

Wimbauer, Christine/**Motakef**, Mona/**Teschlade**, Julia, 2015: Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.): ‚Anti-Genderismus'. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 41-57.

Zeitz, Christian, 2015: Conchita, Islam und die Homosexualisierung der Gesellschaft. Internet: http://www.andreas-unterberger.at/2015/06/conchita-islam-und-die-homosexualisierung-der-gesellschaft (8.10.2015).

Das Thema Gender im Rechtspopulismus – empirische Befunde zur Anschlussfähigkeit bei Frauen und Männern

BEATE KÜPPER

Einleitung

„Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage." Die Ablehnung von Gender Studies, des Equal Pay Day, der „geschlechterneutralen Sprache", die Propagierung eines klassischen Familien- und Rollenbildes von Vater, Mutter, Kindern gepaart mit der Aussage „Der Islam gehört nicht zu Deutschland" – diese und weitere Forderungen finden sich im Wahlprogramm der – rechtspopulistischen bis rechtsextremen – Partei Alternative für Deutschland (AfD, 2017) und waren in ähnlicher Form auch

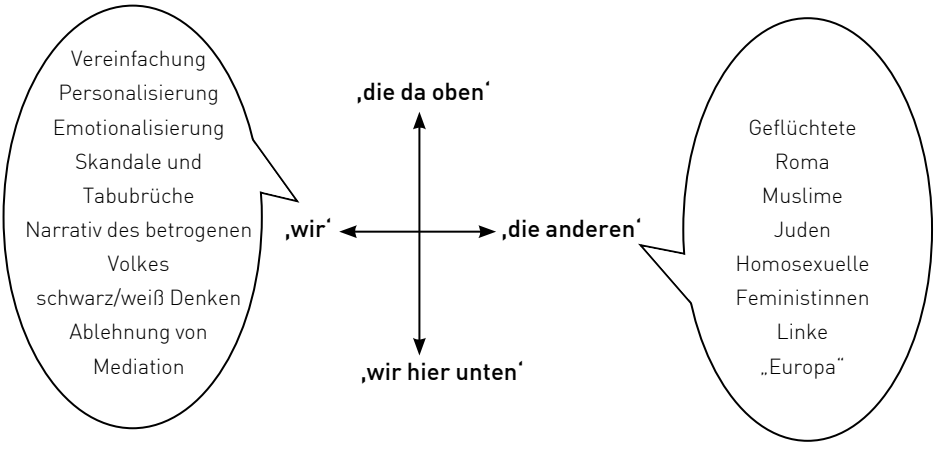
als Parolen bei den montäglichen ‚Spaziergängen' von Pegida und ihren Ablegern zu hören (u.a. Raphael 2015). Hier wie dort war und ist Anti-Genderismus (Hark/Villa 2015) – der oft harsch bis hasserfüllten Ablehnung des Konzepts von Gender bzw. was ihm unterstellt wird, nämlich ein ‚nicht-natürliches' Verständnis von Geschlecht – ein zentrales Thema, über das sich die Gegner einer offenen Gesellschaft artikulieren (Villa/Hark 2017), und das zunehmend salonfähig wird, wie etwa Elisabeth Tuider (2016) am Beispiel der Politisierung der Sexualaufklärung nachzeichnet.
Die oben angeführten Ausschnitte aus dem Wahlprogramm der AfD machen zudem deutlich, dass die Ablehnung von Maßnahmen für mehr Gleichwertigkeit in Bezug auf Gender nicht selten Hand in Hand mit der Abwertung und Propagierung der Ungleichwertigkeit anderer sozialer Gruppen geht. Diese Zusammenhänge hat Wilhelm Heitmeyer (2002) in seinem Konzept eines „Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" skizziert (zu Begriff und Konzept s.u.). Der Erfolg von 12,6% Stimmenanteil, mit dem die AfD nun in den Deutschen Bundestag eingezogen ist, wirft die Frage auf, inwieweit die Befürwortung von Ungleichwertigkeit Widerhall in der breiten Bevölkerung findet.
Der vorliegende Beitrag berichtet über empirische Befunde mit einem besonderen Blick auf Frauen. Dabei wird vor allem Bezug auf Ergebnisse der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 2016 genommen (Zick/Küpper/Krause 2016), ergänzt um einige neue Datenauswertungen für diesen Beitrag. Dokumentiert werden zudem Ergebnisse aus einer Bevölkerungsumfrage zu Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Personen, die im Herbst 2016 im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) durchgeführt wurde (Küpper/Klocke/Hoffmann 2017; im Folgenden abgekürzt als ADS-Studie 2016).
Der Beitrag schließt dabei an die Beobachtung an, nach der Anti-Genderismus ein zentraler Bestandteil antidemokratischer, rechter Strömungen ist (Lang 2017), über den althergebrachte Vorstellungen und Ansprüche von sozialen Hierarchien, von Vormachtstellung und Privilegien zwischen diversen sozial konstruierten Gruppen kommuniziert und implementiert werden. Dies wird derzeit in vielen europäischen Ländern deutlich (u.a. Kuhar/Paternotte 2017).

Die Logik des Rechtspopulismus

Rechtspopulismus lässt sich mit Blick auf seine ideologischen Inhalte, seine Stilmittel und die Parteien, Gruppierungen, Bewegungen und Akteur_innen betrachten, die diese ideologischen Inhalte vertreten bzw. Stilmittel nutzen (Decker/Lewandowsky 2017). Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit Ideologiefragmente, die sich dem Rechtspopulismus zuordnen lassen, auch von der breiten Bevölkerung geteilt werden. Diese Einstellungsmuster können die Grundlage für die Kristallisation rechtspopulistischer und auch rechtsextremer Ideologien in bewegungsförmigen oder organisierten Gruppierungen bzw. Parteien sein, die diese auch umgekehrt gezielt aufgreifen und nutzen, um Stimmungen zu beeinflussen.

Die dem Rechtspopulismus immanente Logik lässt sich anhand zweier Dimensionen beschreiben (u.a. Hartleb 2005; Decker/Lewandowsky 2017; Küpper 2017): Einer vertikalen Dimension mit der Polarisierung zwischen ‚wir hier unten', dem vermeintlich ‚einfachen, missachteten, betrogenen Volk', das gegen ‚die da oben' – die Eliten, die Politiker, die Medien oder schlicht das ‚System' positioniert wird; und einer horizontalen Dimension, in der ein nicht näher benanntes ‚Wir' gegen ‚die Anderen' abgegrenzt wird (Abbildung 1). Während das ‚Wir' bemerkenswert vage gehalten wird, sodass sich viele auf den näheren Blick recht unterschiedliche Personen davon angesprochen fühlen können, wird das ‚die Anderen' jeweils recht flexibel mit unterschiedlichen sozialen Gruppen gefüllt, die als zum ‚Wir' abweichend betrachtet werden: Eingewanderte und Geflüchtete, Muslim_innen, Jüd_innen, Roma, aber auch homosexuelle, arme, manchmal auch behinderte Menschen, Linke und eben auch Feministinnen sowie all jene, die für die Gleichwertigkeit und Gleichstellung dieser verschiedenen sozialen Gruppen eintreten. Rechtspopulismus zeichnet sich durch die spezifische Kombination aus der Inszenierung gegen das System und das Establishment und einer Abwertungskomponente aus, die sich flexibel gegen unterschiedliche Minderheiten richtet, was ihn schwer fassbar macht. Diese Abwertungskomponente weist ihn als *Rechts*populismus aus, die in nahezu allen theoretischen Konzeptionen als ein wichtiges Kennzeichnen genannt wird (u.a. Hentges et al. 2003). Sein im Kern antidemokratischer Charakter wird in der Behauptung deutlich, ‚nur wir repräsentieren das Volk', alle, die anderer Ansicht sind, seien kriminell oder ihre Haltungen seien illegitim, sie gehörten daher nicht zum ‚wahren Volk' (Müller 2016). Dabei lebt der Rechtspopulismus ganz besonders vom Narrativ, dieses Volk sei betrogen und bedroht (Diehl 2016).

Abbildung 1: Logik des Rechtspopulismus



Heitmeyer (2002) hat die Abwertung und Ausgrenzung von Personen diverser sozialer Gruppen als Elemente eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit skizziert. Er bezeichnet damit die generalisierte Feindseligkeit gegenüber Personen aufgrund der zugewiesenen Gruppenzugehörigkeiten, die entlang von ethnischen, kulturellen, religiösen, sozialen und genderbezogenen Merkmalen sozial konstruiert werden (Zick/Küpper/Heitmeyer 2010). Angenommen und empirisch bestätigt wird, dass die pauschale Abwertung und Ausgrenzung von verschiedenen sozialen Gruppen, wie sie sich u.a. im Sexismus, Antisemitismus und ethnischen Rassismus ausdrücken, Elemente eines zusammenhängenden Syndroms bilden, die durch einen gemeinsamen Kern zusammengehalten werden (Zick et al. 2008). Dieser wird von Heitmeyer als Ideologie der Ungleichwertigkeit identifiziert, die sich gegen eine Vielzahl von als ‚anders', ‚fremd', ‚unnormal' und ‚ungleich' markierte soziale Gruppen richten. Deutlich wird daran zudem: Die meisten Menschen sind sowohl potenziell von Abwertung und Diskriminierung Betroffene als auch mögliche Akteur_innen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen wiederum andere soziale Gruppen. Abgeleitet aus den fünf grundlegenden sozialen Motiven nach Susan T. Fiske (2004) dient die pauschale Abwertung von sozialen Gruppen dazu, Bindung an und den Zusammenhalt in der eigenen Gruppe zu befördern, Anerkennung durch die Eigengruppe zu gewinnen, Wissen und Kontrolle zu erlangen und über die Abwertung der jeweils anderen, die eigene Gruppe und damit auch sich selbst aufzuwerten (Zick/Küpper/Heitmeyer 2010). Wenn soziale Normen der Toleranz und Akzeptanz den offenen, direkt entwertenden Ausdruck bremsen, wird die Abwertung eher auf subtile Art und Weise oder über Umwege kommuniziert. Dazu gehört etwa das Messen mit doppeltem Maß und die Behauptung unüberbrückbarer kultureller Unterschiede, wie dies gegenwärtig insbesondere mit Blick auf Muslim_innen bei der Zuweisung von patriarchalen Haltungen und Gewaltaffinität geschieht. Auch in der Annahme, Frauen seien im sozialen Miteinander von edleren Motiven angetrieben, spiegeln sich Vorurteile, die der Selbstaufwertung dienen.

Das Thema Gender im Rechtspopulismus

Sexismus und Homophobie treten im Rechtspopulismus vor allem in ihrer Form als „Anti-Genderismus" (Hark/Villa 2015) auf, etwa – wie eingangs skizziert – ganz konkret in der Verächtlichmachung und Ablehnung von Gleichstellungsmaßnahmen und generell des Konzepts Gender, welches die soziale Konstruktion von Geschlecht betont. Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteuer_innen hätten, so die These von Sabine Hark und Paula-Irene Villa mit Blick auf Pegida und die AfD, das Potenzial von Gender nämlich durchaus verstanden, das auf die Herstellung sozialer Ordnungen verweist und sie damit in Frage stellt. Inzwischen ist die Demagogie gegen Gender, Gender Studies und allem, was dem unterstellt wird, bei der – neben dem oft höhnischen Unterton – eine seltsame Emotionalität und Aggressivität auffällt, nahezu Mainstream geworden (Beispiele u.a. bei Villa/Hark 2017). Antifeminismus

bilde dabei, so eine sich anschließende These, das „Scharnier“ zwischen rechten bzw. rechtspopulistischen und konservativen Parteien und dem „reaktionären Mob“ (Blum 2016), bei dem auch Schlüsselakteur_innen identifizierbar werden (Kemper 2016). Bei Veranstaltungen auf der Straße von Pegida und ihren Ablegern und insbesondere im Internet und in Sozialen Medien erzeugte bzw. erzeugt diese Offenlegung dann eine maßlose Wut, die bis zu offenen Vergewaltigungsdrohungen reicht (u.a. Amadeu-Antonio-Stiftung 2016, 21ff.).

Das Thema Gender wird im rechtspopulistischen Diskurs auf mehrfache Weise mit dem Thema Islam verknüpft. Auf der einen Seite werden Anstrengungen zur Gleichstellung der Geschlechter lächerlich gemacht und als übertrieben abgelehnt. Gerade Politikerinnen, Journalistinnen und Wissenschaftlerinnen werden, insbesondere wenn sie sich für die Aufnahme und Integration von Eingewanderten und Geflüchteten stark machen oder gar selbst einen migrantischen Hintergrund haben, wüst und vulgär sexistisch beschimpft und bedroht (Álvarez/Vooren/Lippitz 2017). Zugleich wird nicht nur, aber insbesondere auch aus rechtspopulistischen Reihen die Erzählung verbreitet, ‚die Fremden‘ – Eingewanderte, Muslime, Geflüchtete – unterdrückten und vergewaltigten Frauen. Gabriele Dietze (2016) spricht in diesem Fall von einem neuen „Ethnosexismus“. Diese Form der Ethnisierung patriarchalischer Verhältnisse lässt sich im Übrigen auch im Antisemitismus beobachten (u.a. Stögner 2014). Diese pauschalisierende Unterstellung erfüllt, wie alle Vorurteile, gleich zwei Funktionen: Die Abwertung der Anderen und Aufwertung des Eigenen sowie die Stärkung ihres Zusammenhalts. Die Zuweisung patriarchaler und gewalttätiger Eigenschaften an ‚den Orient‘ bedient also den Mythos, Geschlechtergleichheit (und Gewaltfreiheit) seien ‚Kulturgüter‘ des Westens (dazu auch Marx 2009). Zugleich wird eine kritische Diskussion über Sexismus, Gewalt gegen Frauen, Homophobie und Antisemitismus in der Eigengruppe auf diese Weise bequem und selbstwertdienlich abgewehrt.

Ein Grund, warum aktuell Anti-Genderismus wieder auf dem Vormarsch ist, dürfte nicht zuletzt auch darin liegen, dass in den vergangenen Jahren Themen wie Diversität und Anti-Rassismus auch in der breiten Öffentlichkeit präsenter sind und Gleichstellungsmaßnahmen erkennbar werden, die von einigen als Bedrohung empfunden werden. So wie der Anti-Genderismus zurück zu einem rein biologistischen Geschlechtsverständnis will, um eine binäre hierarchische Geschlechterordnung sowie Macht und Hierarchien entlang von Geschlechterkategorien, zu (re-)etablieren, wird nun auch Religion naturalisiert. Aktuell geschieht dies besonders offenkundig mit Blick auf den Islam, lässt sich aber auch für den Antisemitismus nachzeichnen. Damit wird nicht nur vormals ethnischer Rassismus kulturalisiert, sondern auch umgekehrt werden Hierarchisierung und Ausgrenzung anhand religiöser Zugehörigkeit genuin rassistisch. Dabei interagieren religiöse, kulturelle und genderbezogene Zuweisungen (Shooman 2012). Subtiler drückt sich dies etwa in der Meinung aus, Gleichstellungsforderungen seien überzogen (Becker 2014). Sexistische Einstellungen auf der Ebene von Individuen hängen dabei signifikant mit der strukturellen

Ungleichwertigkeit zwischen Frauen und Männern in einem Land zusammen (Glick et al. 2000). Letztlich geht es hier um einen Angriff auf einen Grundpfeiler der demokratischen Verfasstheit und der menschenrechtlichen Vorgaben: die Gleichwertigkeit aller Personen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Herkunft usw.

Verbreitung und Entwicklung rechtspopulistischer Einstellungen in Deutschland

Die FES-Mitte-Studie bietet Hinweise auf Stimmungen in der Bevölkerung. Sie ist als eine repräsentative Bevölkerungsbefragung angelegt, in der im zweijährigen Rhythmus jeweils rund 2.000 Personen ab 16 Jahren telefonisch zu Fragen über Demokratie, Pluralität und Gleichwertigkeit verschiedener sozialer Gruppen befragt werden. Rechtspopulistische Einstellungen wurden in Anknüpfung an vorangegangene Studien (u.a. das SIREN-Projekt, Hentges et al. 2003) und unter Berücksichtigung der aktuellen Debatten über sechs zentrale Facetten erfasst (Details zur Erfassung bei Zick/Küpper/Krause 2016): Demokratie-Misstrauen, das sich in kritischen bis feindselig-pauschalisierenden Äußerungen gegen Politiker_innen, Parteien und demokratische Prozesse richtet (u.a. erhoben über die Zustimmung zu der Aussage: „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht."), ein aggressiver Law-and-Order-Autoritarismus, der härtere Strafen und, um Recht und Ordnung zu erhalten, ein härteres Vorgehen gegen „Außenseiter und Unruhestifter" fordert, sowie pauschale Abwertungen von Eingewanderten, Muslim_innen, Asylsuchenden und Roma (u.a. erhoben über die Aussagen: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden", oder „Sinti und Roma neigen zur Kriminalität"). Diese Facetten wurden zum Index Rechtspopulismus zusammengefasst. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Bevölkerung in Deutschland mehrheitlich zunehmend offener gegenüber Vielfalt und Gleichwertigkeit geworden (Entwicklungen u.a. bei Zick/Küpper/Krause 2016). So gaben 85% der Befragten ihre Zustimmung zur Aussage: „Verschiedene kulturelle Gruppen bereichern unsere Gesellschaft." Zumindest bis 2016 waren fremden- und muslimfeindliche sowie klassisch antisemitische Einstellungen in der Tendenz eher rückläufig, besonders deutlich lässt sich dies auch für Sexismus und Homophobie beobachten. Zugleich zeichnen sich in den Befunden auch besorgniserregende Beobachtungen ab, die nachfolgend skizziert werden.

Erhebliche Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen

Erstens sind rechtspopulistische Einstellungen bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung nach wie vor verbreitet. Rund ein Fünftel der Befragten der FES-Mitte-Studie 2016 neigt ganz deutlich zu rechtspopulistischen Einstellungen, wie sie in dem zusammengefassten Index erhoben wurden (d.h. ihr durchschnittlicher Zustimmungswert liegt bei >3 auf der 5-stufigen Skala). Zudem vertritt rund ein Drittel

der Befragten Überzeugungen, die deutlich auf eine Ablehnung von Vielfalt hinweisen, gespiegelt etwa in der Zustimmung zu den Aussagen „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland" (35%) oder „Durch die Zuwanderung geht die deutsche Kultur verloren" (33%) oder gar zu der neurechten Verschwörungstheorie „Die Deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert" (40%).
Frauen und Männer unterscheiden sich nicht signifikant in der Häufigkeit ihrer Zustimmung zum Index Rechtspopulismus (Zustimmung Frauen: 21%, Männer: 20%).[1] Bei der differenzierten Betrachtung wird lediglich eine noch etwas breitere Zustimmung zu Law-and-Order-Autoritarismus bei Frauen deutlich.

Oberflächliche Zustimmung zu Vielfalt und Gleichwertigkeit, zugleich offene und subtile Abwertungen

Zweitens ist unter der Oberfläche der weit verbreiteten Zustimmung zu Vielfalt und Gleichwertigkeit *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* mit ihrem Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit nach wie vor präsent, mal offen, mal subtiler ausgedrückt, und einzelne Elemente sind gegebenenfalls auch leicht reaktivierbar. So waren etwa knapp 11% der Befragten der ADS-Studie ganz allgemein der Ansicht: „Untergeordnete Gruppen sollten an ihrem Platz bleiben." (Küpper/Klocke/Hoffmann 2017, 130) Im Konkreten drückt sich dies etwa in der nach wie vor vorhandenen Zustimmung zu Sexismus in seiner Form einer traditionellen Rollenverteilung zu Lasten von Frauen aus, selbst wenn diese recht unverblümt und altmodisch formuliert ist.
In der FES-Mitte-Studie wurde Sexismus über folgende Aussagen erfasst: a) „Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.": 15,5% Zustimmung, davon 14% Frauen, 17% Männer (Zick/Küpper/Krause 2016, 44); b) „Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.": 10% Zustimmung, davon 9,5% Frauen, 11% Männer. In der ADS-Studie wurde ebenfalls die Zustimmung zu traditioneller Rollenverteilung über die beiden folgenden Aussagen erhoben: c) „Es ist besser, wenn leitende Funktionen in Unternehmen von Männern statt von Frauen übernommen werden.": 14% Zustimmung, davon 10,5% Frauen, 18% Männer (Küpper/Klocke/Hoffmann 2017, 112); und d) „Es ist besser, wenn Frauen sich um kleine Kinder und den Haushalt kümmern, als wenn Männer das tun.": 28% Zustimmung, davon 23% Frauen, 33% Männer (ebd.). Frauen sprechen sich demnach zwar (marginal) signifikant weniger als Männer für eine traditionelle Rollenverteilung aus, doch der Unterschied ist absolut gesehen nicht sehr groß.[2]
Wer sexistischen Einstellungen zustimmt, neigt auch häufiger insgesamt zum Rechtspopulismus und umgekehrt: Von den zusammengefasst knapp 9% der Befragten, die sich in der FES-Mitte-Studie 2016 für eine traditionelle Rollenverteilung zu Lasten von Frauen aussprechen (Zustimmungswerte von >2.5 auf der 4-stufigen Skala), lassen sich 45% als deutlich rechtspopulistisch eingestellt beschreiben, wäh-

rend dies unter denjenigen, die Sexismus nicht teilen, nur auf 18% zutrifft. Umgekehrt sind von den eindeutig rechtspopulistischen Eingestellten auch 19% zugleich sexistisch, während es unter den nicht rechtspopulistisch Eingestellten nur 6% der Befragten sind.[3]

Polarisierung der Einstellungen

Drittens zeigt sich eine deutliche Polarisierung der Einstellungen: Eine große Mehrheit positioniert sich demokratisch für Vielfalt und Gleichwertigkeit und tut dies 2016 noch deutlicher als 2014; eine nicht ganz kleine, aber wutgeladene und gewaltaffine Minderheit, stellt sich deutlich dagegen. Bei vielen Indikatoren rechtspopulistischer und auch rechtsextremer Einstellungen zeigt sich in der FES-Mitte-Studie 2016 eine U-förmige Verteilung, d.h. viele Befragten stimmen einer Aussage überhaupt nicht zu, etliche aber auch voll und ganz, während sich ein kleinerer Anteil dazwischen positioniert (Küpper 2017). Rechtspopulistische Einstellungen korrelieren dabei mit kollektiver Wut insbesondere mit Blick auf die Zuwanderung sowie die Affinität zu Gewalt (Zick/Küpper/Krause 2016, 120ff.), die ihrerseits miteinander zusammenhängen.[4] Die Erfassung von kollektiver Wut wurde neu entwickelt und beispielsweise über die Aussage erhoben: „Dass Bürger sich auch mit Gewalt gegen Asylantenheime zur Wehr setzen, finde ich verständlich." 13% der Befragten antworten mindestens mit teils-teils; Zustimmung Frauen 22%, Männer 24%. Frauen und Männer unterscheiden sich zwar in der Gewaltaffinität, aber kaum im Ausmaß kollektiver Wut.[5]

Die AfD vermag es erfolgreich, Personen mit rechtspopulistischer Einstellung an sich zu ziehen. Wenngleich sie überwiegend von Männern gewählt wurde, erhält sie doch durchaus Sympathien auch von Frauen: Von den Befragten der FES-Mitte-Studie 2016, die angaben, bei der nächsten Bundestagswahl der AfD ihre Stimme geben zu wollen oder schon einmal darüber nachgedacht haben, dies zu tun, vertreten 80% eindeutig rechtspopulistische Ansichten, darunter ein knappes Drittel Frauen. Aus der Forschung zum Rechtsextremismus ist bekannt, dass Frauen ihre rechtsextremen Einstellungen zwar seltener in offensivem Verhalten ausdrücken, stattdessen aber aktive Rollen bei der Hintergrundarbeit für organisierte Strukturen übernehmen sowie Männer psychologisch und verbal unterstützen bzw. auch gezielt zu Gewalt aufstacheln, die diese dann (stellvertretend für sie) ausüben (Laumann 2008).[6]

Warum? Ein Erklärungsangebot aus der Perspektive von Gruppenstatustheorien

Zur Erklärung rechtspopulistischer Einstellungen bzw. der hohen Wahlergebnisse für die AfD werden im Wesentlichen zwei große Erklärungslinien diskutiert: eine sozioökonomische, die an klassische Ressourcenkonflikt- und Deprivationstheorien (u.a. Olzak 1992; zur Übersicht Küpper/Zick 2011) anknüpft, und eine kulturell-

identitätsbezogene, die sich u.a. aus der sozialpsychologisch sehr gut beforschten Theorie der Sozialen Identität (Tajfel/Turner 1979/1986) begründen. Erstere überwiegt im aktuellen Diskurs, der schlechte ökonomische Verhältnisse, Globalisierungs- und Abstiegsängste für das Erstarken des Rechtspopulismus verantwortlich macht – wobei dies jeweils unterschiedliche Erklärungen sind, ist es doch ein Unterschied, ob jemand arm ist oder sich im Vergleich zum Erreichten oder zu anderen vom Abstieg bedroht sieht. Der Großteil der Wähler_innenschaft der AfD bei der Bundestagswahl 2017 stammte aus der ökonomischen Mittelschicht, die aber womöglich um ihren Wohlstand fürchtet.

Empirischen Prüfungen von Ressourcenkonflikt-Theorien zufolge haben schlechte ökonomische Verhältnisse auf der Makro-Ebene (z.B. der Arbeitslosenanteil und das Bruttosozialprodukt in einer Region) einen vergleichsweise geringen Einfluss auf individuelle, abwertende Einstellungen (u.a. Green/Glaser/Rich 1998 in Bezug auf Homophobie). Auch das individuelle Einkommen spielt eher eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sind hingegen die subjektiven Wahrnehmungen, Gefühle und Interpretationen in Bezug auf die eigene soziale Lage und zwar insbesondere solche auf der kollektiven Ebene (Küpper/Zick 2011). So reicht allein die subjektive Wahrnehmung von intergruppaler Konkurrenz – „die anderen nehmen uns etwas weg", – um die Abwertung anderer sozialer Gruppen in Gang zu setzten. Von Bedeutung sind zudem das Gefühl der relativen kollektiven Deprivation – „wir bekommen weniger als die" (Rippl/Baier 2005) – und die Unterstellung kollektiver ökonomischer wie wertebezogener Bedrohung (Küpper/Zick 2011). Dies bestätigt sich erneut bei den Befragten der FES-Mitte-Studie 2016, die sich als potenzielle Wähler_innen der AfD erkennbar machten: Sie unterschieden sich im Durchschnitt kaum im Einkommen von den Wähler_innen der anderen Parteien, fühlten sich aber häufiger im Vergleich zu Ausländer_innen in Deutschland relativ schlechter gestellt und von Geflüchteten in ihrem Wohlstand und ihrer Lebensweise bedroht (Küpper 2017). Rechtspopulistische Einstellungen sind dabei nicht nur bei einkommensschwächeren Personen vergleichsweise hoch ausgeprägt, sondern auch bei Wohlhabenden, die Deutsche im Vergleich zu Ausländer_innen in Deutschland schlechter gestellt sehen (ebd.). Wohlhabende Frauen vertreten dabei besonders selten, ärmere Frauen besonders häufig rechtspopulistische Einstellungen.[7] Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass niedrig qualifizierte Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern signifikant am meisten zu fremdenfeindlichen, rassistischen und muslimfeindlichen Einstellungen neigen (Küpper/Heitmeyer 2005). Dies sind jene Frauen, die nach der Wende 1989 häufig keine Arbeit mehr gefunden haben, und die sowohl nach eigener als auch nach Einschätzung anderer statusmäßig auf der sozialen Leiter am weitesten unten stehen. Sie machen „die Tür hinter sich zu", demonstrieren die eigene Zugehörigkeit und Aufwertung über die Ab- und Ausgrenzung zu den ‚Fremden'. Und: Die Angst vor Globalisierung – die mit wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Aspekten und dem Gefühl allgemeiner Orientierungslosigkeit und Unübersichtlichkeit verbunden sein kann –, hängt mit der Neigung, rechtsgerichtete Parteien zu wählen,

zusammen (de Vries/Hoffmann 2016). Allerdings steigen mit der Globalisierungsangst in der Tendenz keineswegs nur fremdenfeindliche, sondern auch homophobe und sexistische Einstellungen.[8]

Zieht man diese Indizien zusammen, fällt der Blick auf klassische und moderne Gruppenstatustheorien, aus denen sich eine Verknüpfung beider Erklärungslinien ablesen lässt. Herbert Blumer beschrieb schon 1958 eindrücklich, wie Statusunterschiede zwischen weißen und schwarzen Amerikaner_innen über ethnischen Rassismus manifestiert werden. James Sidanius und Felicia Pratto (1999) haben darauf aufbauend die Theorie der Sozialen Dominanz entwickelt. Demnach gewinnen Personen über ihre zugewiesene Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen entlang der alten Kategorisierungsmerkmale von Race, Class und Gender an Status, der ihnen den Zugang zu Ressourcen, Macht und Partizipation beispielsweise an Bildung, Wohnen und Gesundheit eröffnet. Ethnischer Rassismus, Vorurteile gegenüber diversen Gruppen, aber auch eine protestantische Leistungsideologie erfüllen die Funktion legitimierender Mythen (ebd.), die helfen, Privilegierung und Diskriminierung sozialer Gruppen zu rechtfertigen und dadurch gruppenbasierte Hierarchien herzustellen und zu manifestieren. Ihre Hierarchie-stützenden Narrative werden im Laufe der Sozialisation gelernt, über Generationen weitergetragen und sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert.

Sexismus und Anti-Genderismus werden daher auch von Frauen nicht nur mitgetragen, sondern sie tragen als aktive Akteurinnen ihrer eigenen Unterdrückung auch dazu bei, diese voran anzutreiben (ebd.), nicht zuletzt auch, weil sie sich davon eigene Vorteile erhoffen, solange sie am System partizipieren. Frauen sind ebenso wie Männer von grundlegenden sozialen Motiven geleitet, zu denen neben dem Wunsch nach Zugehörigkeit und Vertrauen auch Macht, Kontrolle und Selbstaufwertung gehören (Fiske 2004). Die Differenzierung zu den und die Abwertung der ‚Anderen', die nicht der Eigengruppe zugerechnet werden, bietet ihnen hier ein einfaches und bequemes Mittel der Demonstration von Zugehörigkeit zu Männern als ‚Wir-Gruppe', einschließlich einer gemeinsamen positiven sozialen Identität, die auch gerade über die Zuweisung patriarchaler Einstellungen an die markierten ‚Anderen' bedient wird. Dazu dienen auch sexistische Einstellungen, die sich gegen ihre Geschlechtsgenossinnen richten. Damit signalisieren sie zugleich die eigene Bereitschaft zur Ein- und Unterordnung in die gegebenen geschlechterabhängigen Hierarchiestrukturen, also auch ihre Ungefährlichkeit für Männer, von denen sie sich damit mehr Akzeptanz versprechen. Christina Thürmer-Rohr (1983) hat diese Dynamik als „Mittäterschaft" von Frauen an der Unterdrückung beschrieben. Darüber hinaus ist die Sozialisation in einer Gesellschaft wirksam, in der legitimierende Mythen über Männer, Frauen und die natur- oder gottgegebene Ordnung seit Jahrtausenden bestehen und weitergetragen, also auch von Frauen verinnerlicht werden, auch wenn dies heute oft subtiler geschieht.

Auch wenn vieles davon im sozial- und politikwissenschaftlichen Diskurs bekannt sein dürfte, lohnt es sich, bei der Debatte um den aktuellen Rechtspopulismus an

diese Grundprozesse zu erinnern. Daraus erklärt sich dann u.a., warum gerade auch Frauen unter dem Kampfbegriff ‚Genderwahn' gegen Anstrengungen für mehr Gleichstellung zu Felde ziehen. So übernahmen bzw. übernehmen Frauen durchaus zentrale Rollen als aktive und aggressive Rednerinnen bei Pegida bzw. als Funktionärinnen bei der AfD (Raphael 2017). Die von Michael Kimmel (2013/2016) angebotene Erklärung der „angry white men", die aufgrund ihres als bedroht wahrgenommen Status rechtspopulistischer Logik anheimfallen, ist vor diesem Hintergrund bestechend, bedarf aber m.E. einer Erweiterung um – salopp gesagt – ihre (Ehe-) Frauen und alle weiteren sozialen Gruppen, die sich davon etwas für den eigenen Status versprechen, darunter auch Personen aus migrantischen Communities, in denen die Abwertung anderer Einwanderer_innen, von Jüd_innen oder homosexuellen Personen, die gleiche statusdienliche Funktion erfüllen. Bei der Herstellung und Manifestation gruppenbasierter Hierarchien nutzten Gruppen jeweils die Strategien, die ihr zur Verfügung stehen.

Rechtspopulistische Akteur_innen wissen das und haken genau dort ein. Sie holen Menschen bei dem Gefühl eines mangelnden Status ab, sei dies begründet durch eine tatsächlich prekäre soziale Lage oder auch nur dem Gefühl, nicht das zu bekommen, was ihnen vermeintlich zusteht. Sie heizen dies an, bringen es auf eine kollektive Ebene (etwa mit Behauptungen über bessere Sozialleistungen für oder dem Verweis auf Fälle von Vergewaltigung durch Geflüchtete) und verweisen dann auf einfache Sündenböcke, die für die Bedrohung des eigenen Status – sei es eine vermeintliche Bedrohung von Ressourcen oder kultureller Dominanz – verantwortlich gemacht werden. Bemerkenswert ist, dass hier das neoliberale Versprechen des Aufstiegs durch Leistung, das vordergründig hochgehalten wird, wieder abgelöst wird durch das alte Versprechen des Status qua Seins – älter, weiß, männlich, heterosexuell –, an dem all jene partizipieren dürfen, die dieses anerkennen und sich unterordnen. Damit verknüpft ist zugleich die Bereitschaft, sich selbst einem großen starken Mann und einer Führungselite unterzuordnen, wie dies schon durch das Konzept des Autoritarismus beschrieben wurde (Adorno et al. 1950). Soziale Ungleichheit wird akzeptiert, solange man dafür das Angebot der Zugehörigkeit erhält: Gehört man zu dem ‚*einen* Volk', macht es nichts, wenn einige mehr haben und mehr zu sagen haben. Das gilt für Frauen ebenso wie für Männer. Es geht hier auch nicht um eine einfache Ablehnung von Vielfalt, sondern um die Gleichwertigkeit in dieser Vielfalt, in der man selbst nur zu den vergleichsweise Statushöheren gehören kann, wenn andere Gruppen zur Differenzierung vorhanden sind. Das Absprechen von Gleichwertigkeit legitimiert dann die Statusordnung.

Das Boshafte des Angebots an den ‚kleinen Mann' und auch die ‚kleine Frau' vonseiten rechtspopulistischer Akteur_innen ist, dass es hier keineswegs um seinen oder ihren Aufstieg, sondern lediglich um das Versprechen der relativen Privilegierung geht, die über die Diskriminierung von jeweils anderen hergestellt wird. Hier liegt m.E. auch der große Irrtum all jener, die meinen, mit mehr sozialer Gleichheit und Solidarität ließe sich der Rechtspopulismus eindämmen, geht es doch im Kern um

Herstellung und Rückgewinnung gruppenbasierter Hierarchien und das Angebot, König und Königin im Kleinen zu sein. Dies zeigt den fundamentalen Angriff auf die Demokratie, denn zu dieser gehört essentiell Pluralität in Gleichwertigkeit, deren Fundament die ersten beiden Artikel des Grundgesetzes und die Menschenrechte bilden. Dass ein nicht unerheblicher Anteil der Bevölkerung sich der Vorstellung eines ‚homogenen Volkes' anschließt und zudem autoritäre und demokratiefeindliche Positionen vertritt, dies aber als ‚Meinungsfreiheit' (Müller 2016) unter dem Schutz der Demokratie deklariert, ist bedenklich und verweist darauf, dass die wesentlichen Grundprämissen von Demokratie nicht verstanden und/oder nicht geteilt werden.

Anmerkungen

1 Chi^2 (1; 1894) = .62, ns. Das Geschlecht wurde über die Selbstzuweisung erhoben, der Anteil in der FES-Mitte-Studie bzw. der ADS-Studie von Frauen (54% bzw. 51%) und Männern (46% bzw. 49%) entspricht annähernd der Verteilung in der Bevölkerung (51% im Zensus 2011).

2 Die beiden Aussagen a) und b) der FES-Mitte-Studie 2016 bzw. c) und d) der ADS-Studie 2017 wurden jeweils zu reliablen Mittelwertskalen zusammengefasst, und die Mittelwertunterschiede zwischen Frauen und Männern statistisch mit Hilfe von Varianzanalysen geprüft (eigene Auswertung für diesen Beitrag). Zustimmung zu Sexismus in der FES-Mitte-Studie 2016 (Cronbach's alpha = .74): Frauen m = 143, Männer m = 1.50; F (1; 1885) = 3.46, p < .1; Zustimmung zu einer traditionellen Rollenverteilung in der ADS-Studie 2017 (Cronbach's alpha = .55): Frauen m = 1.59, Männer m = 1.84; F (1; 2002) = 53.63, $p < .001$.

3 Chi^2 = (1,1.888) = 64.56, p < .001; eigene Auswertungen für diesen Beitrag.

4 Korrelation kollektive Wut/Gewaltbilligung: r = .34; /Gewaltbereitschaft r = .41.

5 Varianzanalyse zum Unterschied zwischen Frauen und Männern; kollektive Wut: Frauen $m = 2.14$; Männer $m = 2.17$; F (1; 1892) = .31, ns.; Gewaltbilligung: Frauen m =1.28; Männer $m = 1.52$; F (1; 1888) = .57.03, $p < .001$; Gewaltbereitschaft: Frauen $m = 1.57$; Männer $m = 1.95$; F (1; 1888) = 110.81, $p < .001$.

6 Aktuelle Informationen auch bei der Fachstelle unter http://www.gender-und-rechtsextremismus.de/ (12.1.2018).

7 Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen (Index) bei Armen: Frauen 29%, Männer 26%; Mittelschicht: Frauen 22%, Männer 22%; Wohlhabende: Frauen 8,5%, Männer 15%; Frauen Chi^2 (2; 707) = 18.53, $p < .001$; Männer Chi^2 (2; 696) = .617, $p < .05$; eigene Auswertung für diesen Beitrag.

8 Eigene Auswertung für diesen Beitrag. Korrelation der Zustimmung der Aussage: „Die Globalisierung der Wirtschaft macht mir Sorgen" mit Fremdenfeindlichkeit: $r = .21$; /Muslimfeindlichkeit $r = .16$; /Sexismus $r = .15$, /Homophobie $r = .11$; alle $p < .001$; /Antisemitismus $r = .08$, $p < .05$.

Literatur

Adorno, Theodor W./**Frenkel-Brunswik**, Else/**Lewinson**, Daniel/**Sanford**, Nevitt, 1950: The Authoritarian Personality. Studies in Prejudice. New York.

AfD, 2017: Bundestagswahlprogramm der AfD. Internet: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (12.1.2018).

Álvarez, Sonja/**Vooren**, Christian/**Lippitz**, Ulf (2017): Die Wutprobe. Dunja Hayali und Anja Reschke im Interview. In: Tagesspiegel, 22.1.2017. Internet: http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/dunja-hayali-und-anja-reschke-im-interview-die-wutprobe/19282264.html (8.1.2018).

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hg.), 2016: Peggy war da. Gender und Social Media als Kitt für rechtspopulistische Bewegungen. Internet: http://www.belltower.news/files/Pegida%20Internet.pdf (7.3.2018).

Becker, Julia, 2014: Subtile Erscheinungsformen von Sexismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). 64 (8), 29-34.

Blum, Alice, 2016: Antifeminismus als verbindendes Element zwischen extrem rechten, rechtspopulistischen und konservativen Parteien in Deutschland sowie dem reaktionärem Mob. Internet: http://www.feministisches-institut.de/antifeminismus-in-bewegung/ (7.1.2018).

Blumer, Herbert, 1958: Race Prejudice as a Sense of Group Position. In: Pacific Sociological Review. 1 (1), 3-7.

Decker, Frank/**Lewandowski**, Marcel, 2017: Rechtspopulismus. Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. Internet: http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien (7.3.2018).

De Vries, Catherine/**Hoffmann**, Isabelle, 2016: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum. eupinions #2016 (3), 3-35.

Diehl, Paula, 2016: Einfach, emotional, dramatisch. Warum Rechtspopulisten so viel Anklang in den Massenmedien finden. In: Die politische Meinung. 61 (539), 78-83.

Dietze, Gabriele 2016: Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. 2 (1), 177-185.

Fiske, Susan T., 2004: Social Beings: A Core Motives Approach to Social Psychology. New York.

Glick, Peter et al, 2000: Beyond Prejudice as Simple Antipathy: Hostile and Benevolent Sexism across Cultures. In: Journal of Personality and Social Psychology. 79 (5), 763-775.

Green, Donald P./**Glaser**, Jack/**Rich**, Andrew, 1998: From Lynching to Gay Bashing – The Elusive Connection Between Economic Conditions and Hate Crime. In: Journal of Personality and Social Psychology. 75 (1), 82-92.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene, 2015: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.

Hartleb, Florian 2005: Rechtpopulistische Parteien. Arbeitspapier Nr. 143. Konrad-Adenauer-Stiftung.

Heitmeyer, Wilhelm, 2002-2011: Deutsche Zustände, Folge 1-10. Frankfurt/M., Berlin.

Hentges, Gudrun/**Meyer**, Malte-Henning/**Flecker**, Jörg/**Kirschhofer**, Sabine/**Thoft**, Eva/**Grinderslev**, Edvin/**Balazs**, Gabrielle, 2003: The Abandoned Worker. Socio-Economic Change and the Attraction of Right-Wing Populism. 3. Bericht aus dem SIREN-Projekt. Wien.

Kemper, Andreas, 2016: Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD. In: Kastrup, Wolfgang/Kellershohn, Helmut (Hg.): Rechte Wut und Hassbürger im Kulturkampf. Rechtsruck in Deutschland, Edition DISS, 38. Münster, 147-161.

Kimmel, Michael, 2013 (2016): Angry White Men. American Masculinity at the End of an Era. In deutscher Übersetzung: Angry White Men. Die USA und ihre zornigen Männer. Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 1730. Bonn.

Kuhar, Roman/**Paternotte**, David, 2017: Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality. London.

Küpper, Beate, 2017: Wut, Verachtung, Abwertung. Wutbürger und ihre Angst vor Statusverlust. In: Politikum. 3 (2), 14-22.

Küpper, Beate/**Heitmeyer**, Wilhelm, 2005: Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt/M., 108-127.

Küpper, Beate/**Klocke**, Ulrich/**Hoffmann**, Lena-Carlotta, 2017: Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen. Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden.

Küpper, Beate/**Zick**, Andreas, 2011: Macht Armut menschenfeindlich? Zusammenhänge in acht europäischen Ländern. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 9, Frankfurt/M., 84-105.

Lang, Juliane, 2017: „Gender" und „Gender-Wahn" – neue Feindbilder der extremen Rechten. Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Rechtsextremismus. Internet: http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/259953/gender-und-genderwahn (6.1.2018).

Laumann, Vivien, 2008: Frauen in der rechtsextremen Szene. Organisierungsgrad – Frauenbild – Forschungsstand. In: Forum kritische Psychologie. 52, 152-168.

Marx, Daniela, 2009: Feministische Gegenstimmen? Aushandlungen westlich-abendländischer Identität in Auseinandersetzung mit ‚dem Islam'. In: Dietze, Gabriele/Brunner, Claudia/Wenzel, Edith (Hg.): Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht. Bielefeld, 101-116.

Müller, Jan-Werner, 2016: Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt/M.

Olzak, Susan, 1992: The Dynamics of Ethnic Competition and Conflict. Stanford.

Raphael, Simone, 2015: Die Mitte und der Genderwahn. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn, 78-94.

Raphael, 2017: Frauen bei Pegida und im Rechtspopulismus. Video-Dokumentation. Internet: http://www.belltower.news/artikel/videoreihe-frauen-bei-pegida-und-im-rechtspopulismus-3-10554 (6.1.2018).

Rippl, Susanne/**Baier**, Dirk, 2005: Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 57 (4), 644-666.

Shooman, Yasemin, 2012: Das Zusammenspiel von Kultur, Religion, Ethnizität und Geschlecht im antimuslimischen Rassismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 32 (16-17), 53-57.

Sidanius, James/**Pratto**, Felicia, 1999: Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression. Cambridge.

Stögner, Karin, 2014: Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen. Baden-Baden.

Tajfel, Henri/**Turner**, John C., 1979 (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hg.): Psychology of Intergroup Relations. Chicago, 7-24.

Thürmer-Rohr, Christina, 1983: Aus der Täuschung in die Ent-Täuschung. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. 8 (6), 11-25.

Tuider, Elisabeth, 2016: Hatespeech: Wenn antifeministisches und rassistisches Sprechen zur Norm(alität) wird. In: Tuider, Elisabeth/Dannecker, Martin: Das Recht auf Vielfalt. Aufgaben und Herausforderungen sexueller Bildung. Wallstein, 13-28.

Villa, Paula-Irene/**Hark**, Sabine, 2017: „Gender-Wahn stoppen" (AFD) – wer sich wie und warum gegen die Kontingenz von Sexualität und Geschlecht artikuliert. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016. Internet: http://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2016/article/viewFile/457/pdf_83 (7.3.2018).

Zick, Andreas/**Küpper**, Beate/**Heitmeyer**, Wilhelm, 2010: Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf. In: Pelinka, Anton (Hg.): Vorurteile: Ursprünge, Formen, Bedeutung. Berlin, 287-316.

Zick, Andreas/**Küpper**, Beate/**Krause**, Daniela, 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Hg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Zick, Andreas/**Wolf**, Carina/**Küpper**, Beate/**Davidov**, Eldad/**Schmidt**, Peter/**Heitmeyer**, Wilhelm, 2008: The Syndrome of Group-Focused Enmity. The Interrelation of Prejudices Tested with Multiple Cross-Sectional and Panel Data. In: Journal of Social Issues. 64 (2), 363-383.

Conservative Counter-Movements? Overcoming Culturalising Interpretations of Right-Wing Mobilizations Against 'Gender Ideology'

ESZTER KOVÁTS

Introduction

Since 2012, several European countries have seen the rise of conservative and, in part, fundamentalist social movements against the perceived threat of what they call 'gender ideology', 'gender theory' or 'genderism'. Being opposed (depending on the context) to reproductive rights, LGBTQ-issues, Gender Mainstreaming, conventions or recommendations of supranational bodies (e.g. the Istanbul Convention for Prevention and Elimination of Violence against Women; or World Health Organization recommendations of sexual education) as well as the public financing of Gender Studies, the advocates of these platforms tend to regard all political and non-governmental actors, administrative staff and scientific researchers who focus on these issues as a single homogeneous group and an organised lobby. This opposition is partly manifested in grassroots or religiously-affiliated movements and partly in the agenda of right-wing and populist parties. The simultaneity of the movements, the different triggers in countries that differ with respect to political landscape as well as gender and LGBTQ-policies indicates that, rather than dealing with isolated cases, we are witnessing a transnational phenomenon (Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2017).

The transnational character is a defining feature of these movements. Therefore, it is necessary to look beyond local or national cases, even if it bears the danger of glossing over contextual differences. Another difficulty emerges in the analysis, as grassroots (e.g. parents), religious movements and political parties invested in these issues should be looked at simultaneously.

It is possible that there is no applicable macro-narrative that would explain everything with a one-size-fits-all model, and the danger of over-generalisation is high. How-